

Behörde:  
 VG Stadtsteinach  
 Marktplatz 8  
 95346 Stadtsteinach

Ort: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_  
 Sachbearbeiter/in: \_\_\_\_\_ Zimmer-Nr.: \_\_\_\_\_  
 Telefon (Durchwahl): \_\_\_\_\_ Telefax: \_\_\_\_\_  
 Az. (Bitte stets angeben!): \_\_\_\_\_

## Ausnahmegenehmigung Nr. \_\_\_\_\_

zur Bewilligung von Parkerleichterungen für

Schwerbehinderte  Blinde

**Diese Ausnahmegenehmigung ist nur im Bereich des Freistaates Bayern gültig!**

I. Herrn / Frau / Kind (Name, Vorname, ggf. Geburtsname):

wohnhaft in (Anschrift: Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort):

und dem /der jeweils befördernden Fahrzeugführer/in der vorgenannten Person wird auf Grund des § 46 StVO die Genehmigung erteilt, mit einem Kraftfahrzeug

1. an Stellen, an denen das eingeschränkte Haltverbot angeordnet ist (Zeichen 286 StVO), und im Bereich eines Zonenhaltverbots (Zeichen 290 StVO) bis zu drei Stunden zu parken,
2. im Bereich eines Zonenhaltverbots (Zeichen 290 StVO), in dem durch Zusatzschild das Parken zugelassen ist, die zugelassene Parkdauer zu überschreiten,
3. an Stellen, die durch Zeichen "Parkplatz" (Zeichen 314 StVO) oder "Parken auf Gehwegen" (Zeichen 315 StVO) gekennzeichnet sind und für die durch ein Zusatzschild eine Begrenzung der Parkzeit angeordnet ist, über die zugelassene Zeit hinaus zu parken,
4. in Fußgängerzonen, in denen das Be- und Entladen für bestimmte Zeiten freigegeben ist, während der Ladezeit zu parken,
5. an Parkuhren und Parkscheinautomaten zu parken, ohne Gebühr und zeitliche Begrenzung,
6. gemäß den im Zusatzausweis enthaltenen Angaben zu parken,
7. auf Parkplätzen für Anwohner bis zu 3 Stunden zu parken,
8. in verkehrsberuhigten Bereichen (Zeichen 325) außerhalb der gekennzeichneten Flächen, ohne den durchgehenden Verkehr zu behindern, zu parken,

**sofern in zumutbarer Entfernung keine andere Parkmöglichkeit besteht. Die höchstzulässige Parkzeit beträgt 24 Stunden.**

Die Parkerleichterungen gelten im Gültigkeitsbereich der StVO.

- II. 1. Von der Genehmigung darf nur unter Beachtung der Grundregeln des Straßenverkehrs (§ 1 StVO) Gebrauch gemacht werden.
2. Die Genehmigung berechtigt nicht zum Halten oder Parken an sonstigen Stellen, an denen dies nach § 12 StVO unzulässig ist. Dies gilt insbesondere innerhalb der durch Zeichen 283 (Haltverbot) gekennzeichneten Verbotsstrecken.
3. Weisungen von Polizeibeamten sind zu befolgen.
4. Der / Die Parkberechtigte ist verpflichtet, bei Inanspruchnahme der Parkerleichterungen diesen Genehmigungsbescheid mitzuführen und zuständigen Personen auf Verlangen zur Prüfung auszuhändigen,
5. Während des Parkens ist der als Anlage beigefügte Parkausweis an der Innenseite der Windschutzscheibe gut lesbar anzubringen; ggf. auch der als Anlage beigefügte Zusatzausweis.
6. Beim Parken im eingeschränkten Haltverbot (Zeichen 286) und im Bereich eines Zonenhaltverbots (Zeichen 290), wenn durch Zusatzschild das Parken nicht zugelassen ist, ist zusätzlich die Ankunftszeit durch die Einstellung auf einer Parkscheibe (§ 13 Abs. 2 Nr. 2, Bild 291 StVO) nachzuweisen.
7. Soweit zum Zeichen "Parkplatz" (Zeichen 314 StVO) das Zusatzzeichen "Pkw" angeordnet ist, darf dort mit anderen Fahrzeugen nicht geparkt werden; beim "Parken auf Gehwegen" (Zeichen 315 StVO) darf das zulässige Gesamtgewicht des Fahrzeugs nicht mehr als bis zu 2,8t betragen.
8. Der / Die Parkberechtigte ist verpflichtet, jede Änderung seiner / ihrer Anschrift und der für die Erteilung der Genehmigung maßgebenden Umstände unverzüglich der Genehmigungsbehörde mitzuteilen.
9. Die Genehmigung wird unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs erteilt. Sie wird widerrufen, wenn der / die Parkberechtigte die Sicherheit des Straßenverkehrs gefährdet, wenn der Grund für die Genehmigung entfällt oder die Genehmigung missbraucht worden ist. Missbrauch kann außerdem nach § 49 StVO verfolgt werden.

Besondere Bedingungen und Auflagen:

III. Die Ausnahmegenehmigung ist gültig \_\_\_\_\_ verlängert bis: \_\_\_\_\_

(S.)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift und Dienstbezeichnung)

## Rechtsbehelfsbelehrung

- Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei

\_\_\_\_\_  
zu erheben.

- Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in

\_\_\_\_\_  
Postfachanschrift:

\_\_\_\_\_  
Hausanschrift:

\_\_\_\_\_  
schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten

\_\_\_\_\_  
und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.